

PRESSEINFORMATION

22. Februar 2012

Kabinettsbeschluss zum Justizvollzug in Sachsen-Anhalt

In Dessau-Roßlau formiert sich weiter Widerstand gegen die Landespläne

Einen Tag nach dem Kabinettsbeschluss, den Justizvollzug im Land künftig auf drei Standorte zu beschränken und den Standort Dessau-Roßlau somit zu schließen, erneuert sich der Protest in der Doppelstadt über die Pläne des Ministeriums der Justiz Sachsen-Anhalt.

Nach einer Beratung am gestrigen Abend im Dessauer Rathaus äußert sich Dessau-Roßlaus Oberbürgermeister Klemens Koschig heute enttäuscht über den Kabinettsbeschluss: „Die geplante Schließung der Justizvollzugsanstalt Dessau-Roßlau bedeutet einen enormen Verlust für die Stadt“, fasst er diese Enttäuschung in Worte. „Schade ist, dass der Erhalt der JVA am Standort Dessau-Roßlau in den Überlegungen anscheinend gar keine Rolle gespielt hat“, so das Stadtoberhaupt weiter. So bleibt einerseits offen, wie eine solche Variante ausgefallen wäre, andererseits ist die Zukunft der Landesimmobilie ebenfalls ungeklärt und droht, in einen städtebaulichen Missstand zu führen.

Beraten hatten gestern Abend Stadträte, Landtagsabgeordnete aus der Region sowie Vertreter von Verbänden aus dem Justiz- und Vollzugswesen. Sie alle sehen einen neuerlichen Eingriff in die oberzentralen Funktionen des ohnehin kleinsten der drei sachsen-anhaltischen Oberzentren. Auch den Bestand des Gerichtsstandortes sehen sie eindeutig gefährdet. Beteuerungen des Landes, das Landgericht sei durch die Schließung der JVA nicht gefährdet, werden mittlerweile skeptisch aufgenommen.

Die Teilnehmer der Runde gestern Abend legten sich auf zwei Punkte fest: Ein Arbeitsgremium wird sich intensiv mit dem Konzept des Ministeriums für Justiz befassen und die bislang fehlende Variante des Erhalts der JVA Dessau-Roßlau besprechen. Die Ergebnisse sollen möglichst kurzfristig in die politische Diskussion eingespeist werden.

Zum zweiten wird morgen eine Delegation nach Magdeburg fahren und gegen die Pläne des Justizministeriums protestieren. Die Abfahrt erfolgt um 8.00 Uhr von der JVA Dessau-Roßlau, Treffpunkt auf dem Domplatz in der Landeshauptstadt ist um 9.30 Uhr. Über weitere geeignete Maßnahmen werden die regionalen Interessenvertreter in Kürze beraten.